Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Martin Strunden

Durchwahl
Telefon +49 351 564 30400
Telefax +49 351 564 30409

presse@smi.sachsen.de*

25.11.2026

Sachsen geht gezielt gegen Gewalt auf Straßen und Plätzen vor

Innen- und Justizministerium vereinbaren gemeinsamen Rahmen für ein landesweites Konzept im Kampf gegen Gewalt im öffentlichen Raum

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und das Sächsische Staatsministerium des Innern haben ein neues Format der Kooperation vereinbart, um gegen Gewaltkriminalität im öffentlichen Raum vorzugehen.

Intervention und Prävention durch die Polizei Sachsen

Sachsens Polizeidirektionen und Staatsanwaltschaften verfolgen im Rahmen des neuen Kooperationsformates die Strategie der erhöhten Präsenz im öffentlichen Raum an gemeinsamen Aktionstagen gegen Gewaltkriminalität. An den Aktionstagen führen die Polizeidirektionen im öffentlichen Raum auf breiter Fläche über mehrere Stunden lang Streifengänge und Kontrollmaßnahmen durch und befinden sich dabei in enger Abstimmung mit den Staatsanwaltschaften.

Die sächsischen Polizeidirektionen und Staatsanwaltschaften haben im Zuge erster Aktionstage ihren Fokus auf die Bekämpfung von Gewaltkriminalität in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Raub- und Körperverletzungsdelikten an Kriminalitätsschwerpunkten gelegt. An den bislang durchgeführten Aktionstagen waren in den Polizeidirektionen insgesamt 477 Polizeikräfte im Einsatz. Dabei stellten die Einsatzkräfte 466 Identitäten fest und registrierten 61 Straftaten, darunter vor allem Betäubungsmitteldelikte und Fälle des Erschleichens von Leistungen.

Das neue Format der Kooperation zwischen dem Innenministerium und dem Justizministerium baut auf bereits etablierten Konzepten zur Bekämpfung lokaler Kriminalitätsschwerpunkte auf. Polizei und Justiz binden zudem weitere Partner wie die Kommunen, die Bundespolizei und die Verkehrsbetriebe in ihre Strategie mit ein.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3,6,7,8,9, 11 und 13. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Innenminister Armin Schuster: »Die sächsischen Innenstädte bieten mit ihrer hohen Aufenthaltsqualität ein positives Stadtbild, das auch auf viele Gäste und Kulturschaffende attraktiv wirkt und was wir durch die verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft bewahren wollen. Der neue Aktionsplan Gewaltkriminalität ergänzt den regulären Revierdienst der Polizeidirektionen und richtet sich gezielt gegen negative Entwicklungen an neuralgischen Punkten in unseren Innenstädten. Das regelmäßige Zusammenspiel von Polizei und Staatsanwaltschaft mit weiteren Behörden wie zum Beispiel dem Ordnungsamt nimmt die Mehrfach- und Intensivtäter besonders in den Blick, aber auch ordnungsstörende Entwicklungen im Vorfeld von Straftaten.«

Staatsanwaltschaften bündeln Verfahren von Gewalttätern

Werden einer Person mehrere Gewalttaten im öffentlichen Raum vorgeworfen, sollen die Verfahren nun gebündelt und zügiger bearbeitet werden. Die Koordination übernehmen die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, die bereits auf die Bearbeitung von Verfahren gegen Mehrfach- und Intensivtäter spezialisiert sind. Als sogenannte **City-Staatsanwälte** führen sie die Erkenntnisse zu den einzelnen Verfahren zusammen und stimmen die nächsten Ermittlungsschritte mit der Polizei ab. In geeigneten Fällen beziehen sie weitere zuständige Behörden in Fallkonferenzen ein.

Die Polizeidirektionen stimmen ihre Aktionstage bereits bei der Vorbereitung mit den zuständigen Staatsanwaltschaften ab. Bei besonderen Kontrollaktionen steht der Polizei eine feste staatsanwaltschaftliche Ansprechperson zur Verfügung. Ergeben sich aus einem Einsatz Hinweise auf Straftaten, können Polizei und Staatsanwaltschaft die nächsten Schritte direkt abstimmen und erforderliche Ermittlungsmaßnahmen zügig veranlassen.

Justizministerin Prof. Constanze Geiert: »Öffentliche Plätze dürfen in Sachsen nicht zu Angsträumen werden. Wir nehmen ernst, dass insbesondere Frauen aus Angst vor Übergriffen bestimmte Straßen und Plätze meiden. Mit dem gemeinsamen Aktionsplan stärken wir die Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Künftig bündeln City-Staatsanwälte die Verfahren, wenn derselben Person mehrere Gewalttaten im öffentlichen Raum vorgeworfen werden. So lassen sich die Ermittlungen früh abstimmen und die Verfahren zügig voranbringen. Sachsen ist und bleibt ein sicheres Land. Dazu tragen Polizei und Staatsanwaltschaften jeden Tag bei. Für diesen Einsatz danke ich ihnen.«

Hintergrund:

Die sächsische Polizei registrierte 2025 landesweit 3.763 Fälle gefährlicher und schwerer Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen. Das waren 195 Fälle mehr als im Vorjahr, ein Anstieg um 5,5 Prozent. Gleichzeitig zeigt der aktuelle Sachsenmonitor 2026, dass die Bevölkerung mit der Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Straßen in ihrer Umgebung sehr oder eher zufrieden sind. Das sind neun Prozentpunkte mehr als 2023.